

S:\Referenten\Forchtner\Hules\Mitarbeitervorsorgegesetz.doc

Entwurf eines Bundesgesetzes über  
die betriebliche Mitarbeitervorsorge  
(Betriebliches Mitarbeitervorsorge-  
gesetz - BMVG) und mit dem das  
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz,  
das Angestelltengesetz und andere  
geändert werden

Wien, 26. April 2002  
Mag. Fo/Hu  
Klappe: 89996  
Zahl: 031/448/02

An das  
Bundesministerium für  
Wirtschaft und Arbeit  
Stubenring 1  
1011 Wien  
**Fax: 715 82 57**  
**E-Mail: post@x3a.bmwa.gv.at**  
**walter.neubauer@bmwa.gv.at**

Zu dem mit Schreiben vom 14. März bzw. vom 22. März 2002, GZ.  
451.001/2-X/3a/2002, übersendeten Entwurf eines Bundesgesetzes  
über die betriebliche Mitarbeitervorsorge (Betriebliches  
Mitarbeitervorsorgegesetz - BMVG), mit dem das  
Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz, das Angestelltengesetz  
und andere geändert werden, nimmt der Österreichische Städtebund  
wie folgt Stellung:

### **Im Allgemeinen**

Der vorliegende Gesetzesentwurf, mit der die „Abfertigung - neu“  
geregelt werden soll, stellt bedauerlicher Weise nur eine  
halbherzige Lösung dar, zumal der gesamte Bereich des

öffentlichen Dienstes aus dem Betrieblichen  
Mitarbeitervorsorgegesetz ausgenommen bleibt. Mit dem  
Hintergedanken die generelle Abgabequote keinesfalls erhöhen zu  
wollen und der Folge, eine österreichweite einheitliche  
Normierung daher nicht über den Sozialversicherungsweg  
einzuschlagen, ist zweifelsohne ein wenig eleganter Lösungsansatz  
gewählt worden.

Den öffentlichen Dienst in Form von eigenständigen Bundes- bzw.  
Landesgesetzen abzudecken, birgt wiederum große Gefahren, eine  
einheitliche neue Abfertigungsregelung zu erreichen.

Ein Beispiel sei nur die momentane Anwartschaft der  
Karenzurlaubszeit nach dem Mutterschutzgesetz auf eine  
Abfertigung im öffentlichen Dienst, der ein gleichartiger Ansatz  
dem gegenständlichen Entwurf nicht zu entnehmen ist.

Die auf Grund der Gesetzesvorlage notwendige Ablauforganisation  
für Betriebe erweckt ebenfalls den Eindruck, dass Begriffe wie  
Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit dem  
Gesetzgeber fremd sind.

Den Lohnbüros werden zu den bereits bisher enormen Aufwendungen  
im laufenden Umgang mit Sozialversicherung und Finanz zusätzliche  
operative Aufwendungen zur Abwicklung der Melde- und  
Beitragspflicht an Mitarbeitervorsorgekassen aufoktroiert. Dies  
harmoniert nicht mit einer notwendigen Vereinfachung von  
Verwaltungsabläufen.

Eine Abwicklung über das existierende Sozialversicherungssystem  
wäre wesentlich zielführender, zumal Entgeltbegriffe etc. dem  
ASVG entnommen sind. Darüber hinaus ergäbe sich dadurch auch eine

höhere Rechtssicherheit für alle Beteiligten, insbesondere auch für den am unmittelbarsten Betroffenen – nämlich den jeweiligen Dienstnehmer.

Kontrollen der Beitragszahlungen wären im Rahmen der derzeitigen Prüfmodalitäten ebenfalls wesentlich effizienter.

Im übrigen erscheint die Einführung eigener „Mitarbeitervorsorgekassen“ weder sparsam noch wirtschaftlich bzw. zweckmäßig. Der daraus entstehende Aufwand würde vielmehr zu einer bedeutenden Verringerung der Rendite der veranlagten Beiträge führen, was weder im Sinne der beitragsleistenden Dienstgeber noch der betroffenen Dienstnehmer sein kann!

Aus den oben angeführten Gründen erscheint es zielführend, den gegenständlichen Gesetzesentwurf nicht zur Beschlussfassung zu bringen und die „Abfertigung – neu“ über geeignete Regelungen im Rahmen des ASVG zu bewerkstelligen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dkfm. Dr. Erich Pramböck  
Generalsekretär